

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

17.10.1930 (No. 242)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
G. Mendel,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjähr. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe sind sicher frei. Bei Wiederholungen tarifiert Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Wirtschefium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der falls die Zeitung verpachtet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchs für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Konsularische Vertretung der Republik El Salvador

Der zum Generalkonsul von El Salvador in Hamburg ernannte Dr. Jorge A. Varela ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

#### \* Die Regierungserklärung

Die Regierungserklärung, die gestern vom Reichskanzler Dr. Brüning verlesen wurde, formuliert nochmals die Grundsätze einer Politik, von der allein man sich eine Besserung unserer finanz- und wirtschaftspolitischen Lage versprechen kann. Und man kann es begreifen, daß — nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen — die Rede auch bei solchen Mittelparteien Eindruck gemacht hat, die in der letzten Zeit dem Kabinett mit betonter Reserve gegenüberstanden. Wahrscheinlich haben dabei gleichzeitig auch gewisse nationalsozialistische Anträge mitgewirkt, die so beschaffen sind, daß sie Parteien, wie der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, gewiß nicht gefallen können.

Wenn in einem Teil der Berliner Presse gesagt wird, die Erklärung enthalte nichts Neues, so ist das nicht richtig. Die Ausführung Brünings enthielt sogar eine Reihe neuer Punkte. Da wäre zunächst der Passus zu erwähnen, der sich auf die Außenpolitik bezieht. Wenn der Reichskanzler auch eine Politik der Abenteurer ablehnt und weiterhin den Weg des Friedens gehen will, so hat er doch nicht gezögert, festzustellen, daß seit der Sachverständigenkonferenz in Paris die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland und in der Welt nicht, wie man damals annahm, immer besser, sondern immer schlechter geworden ist. Und er hat das Ausland gemahnt, vor den tieferen Ursachen unserer innerpolitischen Entwicklung nicht die Augen zu verschließen. Unser Volk und besonders die Jugend sei aufs tiefste erregt, daß nicht einmal die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die zu unseren Gunsten sprechen, eingehalten werden. Das sei ein unhaltbarer Zustand.

Neu in der Rede ist ferner die Ankündigung, daß die Regierung alle vertraglichen Möglichkeiten zum Ausbau der Landesverteidigung im Rahmen des finanziell Angängigen auszunutzen wird. Sie werde sich tatkräftig für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit einsetzen.

Neu war sodann die Mitteilung, daß die Ruhrkohlenindustrie dem Reichskanzler ihre Bereitwilligkeit zu einer durchschnittlichen 6proz. Senkung der Kohlenpreise ab 1. Dezember ausgesprochen habe.

Was den sonstigen Teil der Rede betrifft, so schätzt sie den Steuerausfall für dieses Etatjahr auf 450—600 Millionen! Für das nächste Etatjahr auf eine Milliarde! Eine dauernde Senkung des Reallohnes will die Reichsregierung nicht, sie will aber das unhaltbar gewordene deutsche Preisgebäude ins Wanken bringen. Dazu sei notwendig, daß „auch eine gewisse Beweglichkeit in die Gehälter und Löhne gebracht werde“, das heißt also, daß diese Gehälter und Löhne reduziert werden. Im übrigen könne man nicht Sozialpolitik in luftleerem Raum treiben. Dringendstes Gebot sei die staatliche Agrarhilfe; und zwar müsse man für den Schutz der Landwirtschaft gegen die Überschwemmung mit ausländischen Produkten sorgen.

Angekündigt werden in der Rede das Arbeitsschutzgesetz, ein Vergarbeitergesetz, eine Neuregelung der Unfallversicherung und der Sozialversicherung sowie der Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes. Offenbar wird die Reform der Arbeitslosenversicherung, von der ja ausschließlich unsere ganze Finanz- und Wirtschaftspolitik im Innern abhängt, vom Kanzler als etwas betrachtet, was mit der hier angekündigten allgemeinen Neuregelung der Sozialversicherung zusammenhängt. Eine solche Reform der Arbeitslosenversicherung, die nun endlich jeglichen Mißbrauch auszuschließen hätte, würde vor allem in den Kreisen der Beamtenschaft sehr beruhigend wirken, weil man es dort nicht verstehen kann, daß den Beamten Opfer in Gestalt von Gehaltskürzungen zugemutet werden, während auf dem Umwege über die Arbeitslosenversicherung neben den durchaus berechtigten Unternehmungen Millionen und Millionen von Reichsmark am unrechten Platz ausgegeben werden. Immer wieder wird man darauf aufmerksam machen müssen, daß es nicht der Gedanke der Arbeitslosenversicherung als solchen ist, der diskutiert

### Letzte Nachrichten

#### Die politische Lage Die Gefahren für die Regierung

M. Berlin, 17. Oktober. (Priv.-Tel.) In der heutigen Reichstagsitzung (über die wir an anderer Stelle berichten) wurde die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend den Überbrückungskredit beendet und der Entwurf dem Ausschuss überwiesen. Er wird morgen wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden zur dritten Lesung, so daß die Entscheidung ungefähr gleichzeitig mit der über die Mißtrauensvoten und die andern Anträge, wie z. B. den auf Aufhebung der Notverordnung, fallen wird.

Im Regierungslager ist man der Überzeugung, daß sich die Lage erheblich gebessert hat. Die Sozialdemokraten werden unter allen Umständen dem Kabinett ihre Unterstützung leisten. Allerdings muß man damit rechnen, daß einige radikale Abgeordnete fehlen werden. Darin liegt natürlich eine gewisse Gefahr, da es bei den Abstimmungen voraussichtlich auf jede Stimme ankommt. Ferner wird der sozialdemokratische Antrag, der Reichsarbeitsminister solle den Schiedsspruch im Metallarbeiterkonflikt nicht für verbindlich erklären, als eine schwere Gefahr betrachtet. Es scheint nämlich, daß er angenommen werden wird, da sowohl die Kommunisten wie voraussichtlich auch die Nationalsozialisten dafür eintreten werden. Sachlich aber ändert das an der Lage nichts, denn auch die Annahme eines solchen Antrags würde den Reichsarbeitsminister in keiner Weise festlegen. Er könnte also, immer vorausgesetzt, daß die Dinge weiter im üblichen Gange verlaufen, nach der Vertagung des Reichstags sich so entscheiden, wie er es für richtig hält.

Kritisch ist nur eine einzige Frage. Es besteht nämlich die Möglichkeit, daß das Mißtrauensvotum gegen den Reichsaußenminister Curtius angenommen wird, da auch Teile der Mitte, nämlich die von den Deutschen national abgetrennten Gruppen in diesem Sinne stimmen werden. In politischen Kreisen glaubt man aber, daß der Reichspräsident den Dr. Curtius zum mindesten mit der provisorischen Weiterführung der Geschäfte betrauen werde, so daß bis zum Dezember keinerlei Veränderungen im Kabinett vor sich gehen würde.

wird, sondern die zum Mißbrauch einladenden Bestimmungen des Arbeitslosengesetzes.

Heute beginnt die Debatte über die Regierungserklärung. Morgen sollen dann die Abstimmungen stattfinden. Man hofft neuerdings, daß ohne Antrag auf Übergang zur Tagesordnung die Mißtrauensvoten gegen die Regierung mit einer schwachen Mehrheit abgelehnt werden können, falls nämlich Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialen und Wirtschaftspartei für die Regierung stimmen. Die Landvolkpartei ist ja inzwischen offiziell in die Opposition gegangen.

Was den von der Sozialdemokratie eingebrachten Antrag anbelangt, das Reichskabinett möge dem Reichsarbeitsminister nahelegen, den Schiedsspruch im Metallarbeiterkonflikt nicht für verbindlich zu erklären, so rechnet man damit, daß er im Reichstag eine Mehrheit findet. Man muß sich ganz klar darüber sein, daß eine Außerkräftsetzung dieses Schiedsspruchs schon allein deshalb, weil im Hinblick auf die 6—8proz. Lohnkürzung Preissenkungen angeordnet worden sind, zu neuen Erschütterungen der Preispolitik führen würde. Daß die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei eine Außerkräftsetzung des Schiedsspruchs nicht ruhig hinnehmen würden, ist gleichfalls zu erwarten. Die Entscheidung des Kabinetts in dieser Frage könnte noch in allerletzter Stunde zu der Klippe werden, an der alles scheitert.

Zu beachten ist schließlich die Tatsache, daß nunmehr die bereits erlassenen Notverordnungen vom Reichstag in Ausschüssen beraten werden. Von diesen Beratungen wird man sich kaum etwas Gutes versprechen dürfen. Man vermag überhaupt nicht recht zu erkennen, wie es möglich sein soll, das neue Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung gerade in diesem Reichstag zur Verabschiedung zu bringen, ohne daß es von den Ausschüssen und den Parteien bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt wird. Immerhin will der Reichskanzler den Versuch wagen; er ist entschlossen, alle parlamentarischen Möglichkeiten auszunutzen.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Beruhigung am Devisenmarkt — Der Zins für die Aufwertungshypotheken — Der neue Hypothekendarlehen

Am Devisenmarkt ist gestern vollkommene Beruhigung eingetreten. Die Reichsbank, deren Forderungsnahme in den letzten Tagen an Devisenbeträgen immer geringer geworden war, brauchte am Donnerstag überhaupt nicht mehr einzugreifen, und die durch Pansternachfrage und Materialknappheit überhöhten Kurse der fremden Noten gingen stark zurück. Was weiter kommt, hängt natürlich sehr von der innerpolitischen Lage, auch von der morgen akut werdenden Zustimmung des Reichstags zum Überbrückungskredit des internationalen Konfortiums ab.

Der Devisenmarkt kann geradezu als das Barometer der innerpolitischen Lage angesehen werden, zumal sich hier ja auch zunächst und unmittelbar die Folgen der Kapitalflucht geltend machen. Im Ausland, namentlich in der besonders „bevorzugten“ Schweiz ist als Folge eine weitgehende Übersekung des Marktes mit kurzfristigen Mitteln eingetreten, für die irgendwelche Verwendung, selbst zu den bescheidensten Sätzen, zu fehlen beginnt, so daß die Banken schon vielfach neue Depositionen aus Deutschland ablehnten und nicht nur den Zinsfuß immer weiter herabsetzten, sondern in einzelnen Fällen Zinsabgütung überhaupt verweigerten. Nicht anders sieht es in Holland aus, wo in Amsterdam tägliches Geld von 2 auf 1/2 und 1 Proz. zurückging. Dabei müssen wir alles, auch das als Auslandsgeld wieder hereinfließende geschlichtete Kapital hoch verzinzen, was den Krebschaden der Kapitalflucht so recht illustriert.

Die Reichsbank hat dieser Lage in einer Verlautbarung erklärt, daß bei Fortdauer der Kapitalflucht eben eine neue Diskonterhöhung kommen müsse. Sie hat dabei auch auf das letzte und im Notfall unumgängliche Mittel hingewiesen, den Notenumlauf den Deckungsmitteln anzupassen. Weitere Goldabgaben infolge weiterer Devisenanforderungen müssen schließlich zur Einschränkung des Notenumlaufs mit Hilfe von Kreditrestriktionen führen, um den Notenumlauf dem geschwächten Goldbestand anzupassen und die gesetzlich vorgeschriebene 40proz. Deckung der Noten weiter sicherzustellen. Die Reichsbank nannte das ausdrücklich die ultima ratio, den letzten, allerdings sehr wirkungsvollen Ausweg, und wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die dadurch der Wirtschaft entstehen müßten.

Das sind die Mittel, deren verstärkte Anwendung unumgänglich ist, um die Stabilität der Währung, die ja die erste Pflicht der Reichsbank ist, zu gewährleisten. Daß dadurch die Folgen des Fortdauerns der politischen Zerfahrenheit und eines Nichtvordringens in der Finanzsanierung jedem Deutschen immer empfindlicher fühlbarer werden müßten, hat auch das Gute einer unmißverständlichen Unterstreichung der Notwendigkeit, endlich zu sachlicher Arbeit zu kommen. Nur mit sachgemäßer Ordnung von Finanzen und Wirtschaft, nicht mit Agitation und derartigen Anträgen, wie sie nun dem Reichstag in Fülle vorliegen, ist die Not der Zeit zu bannen.

Das neue Aufwertungsgesetz für die Vorinflationshypotheken, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist, gestattet dem Gläubiger, die Aufwertungshypothek mit einer Frist von einem Jahr erstmalig zu Ende 1931 zu kündigen. Somit werden zum 1. Januar 1932 alle Aufwertungshypotheken, die bis dahin mit 5 Proz. zu verzinzen sind, zur Rückzahlung fällig, soweit sie gekündigt werden. Die Reichsregierung hat sich durch das obige Gesetz bemüht, eine langsamere Umschuldung zu ermöglichen und die Zusammenballung von Fälligkeiten in Höhe von vielen Milliarden auf einen Termin zu verhindern. Es sind nämlich Maßnahmen vorgesehen, um kapitalschwachen Schuldner Schutz zu gewähren, so daß u. a. der Schuldner im Fall der Kündigung bei den Aufwertungsstellen eine Zahlungsfrist beantragen kann. Außerdem soll ein „angemessener“, also auf jeden Fall erhöhter Zinssatz, für die 25 Proz. der ursprünglichen Hypothekensumme gewährt werden. Wieviel Arbeit die Aufwertungsstellen bekommen werden, und in wieviel Fällen die Gläubiger zunächst von der Kündigung absehen werden, hängt natürlich sehr von der Höhe des ab 1. Januar 1932 zu zahlenden Aufwertungsziases ab.

Durch das neue Gesetz ist vorgesehen, daß der Aufwertungs-  
zins von der Reichsregierung bei Inkrafttreten des  
Gesetzes mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzt wird.  
Eine solche Festsetzung ist bisher jedoch noch nicht erfolgt.  
Die Reichsregierung will sie in Abänderung des Gesetzes  
noch hinausschieben, weil sie die weitere Entwicklung der  
Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt abwarten will. Man  
will, nicht etwa nur im Interesse der Hypothekenschul-  
dner, sondern im Interesse der gesamten, ja an und  
für sich schwer genug belasteten Volkswirtschaft den Zins  
möglichst niedrig halten, dabei andererseits ihn natürlich  
in solcher Höhe festsetzen, daß für die Gläubiger der An-  
reiz bleibt, die Hypotheken nicht zu kündigen. Die Reichs-  
regierung hofft auch anscheinend, daß bis zum 15. De-  
zember durch Klärung der innerpolitischen Situation  
eine übersichtlichere Lage auf dem Kapitalmarkt geschaf-  
fen werde. Während vor kurzem ein Zinssatz von  
7½ Proz. angemessen schien, ist augenblicklich wohl mit  
einem höheren Satz, 8 Proz., zu rechnen, von dem jedoch  
bei der Unübersichtlichkeit der Lage nicht gesagt werden  
kann, daß er „angemessen“ bleibt. Von den Kritikern  
der Maßnahmen der Reichsregierung wird angeführt,  
daß dadurch den Schuldner unter Umständen ein schlech-  
ter Dienst erwiesen werde. Es sei offenbar ursprünglich  
Absicht des Gesetzgebers gewesen, durch eine rechtzeitige  
und angemessene Festsetzung des Zinssatzes den Umfang  
der Kündigungen einzuschränken. So aber bestehe erst  
recht die Gefahr, daß sich die Kündigungen und die Pro-  
zesse vor den Aufwertungsstellen häufen könnten. Auch  
sei nicht abzusehen, woher eine Zinsverbilligung kommen  
solle. Dem Argument, daß die Verzögerung der Fest-  
setzung des Zinssatzes bis 15. Dezember vom Gläubiger  
Entscheidung über Kündigung oder Nichtkündigung der  
Hypothek in der kurzen Zeit vom 15. Dezember bis  
3. Januar verlange, was besonders bei unter vormund-  
schaftlicher Verwaltung stehendem, in Hypotheken ange-  
legtem Vermögen auch rein verwaltungstechnische Schwie-  
rigkeiten herbeiführen müsse, wird allerdings entgegen-  
gehalten, daß die Kündigung nicht nur für 31. Dezem-  
ber 1931, sondern für jeden weiteren Vierteljahrsschluß  
erfolgen könne.

Im deutschen Hypothekendarlehen ist es zu einem  
ganz großen Zusammenfluß nord-, mittel- und südwest-  
deutscher Banken gekommen. Es handelt sich um eine  
Vollfusion zu einem Hypothekentrust, der eine erhebliche  
Erweiterung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypo-  
thekendarlehen brachte. Grundlegend ist dabei an der De-  
zentralisation in sechs, statt bisher acht Institute unter  
Zusammenfassung örtlich zusammenliegender Banken  
festgehalten worden, einmal aus Gründen der Landes-  
aufsicht, und dann, weil man auch dem als Käufer von  
Pfandbriefen in Betracht kommenden Publikum nicht  
auf einmal ein Einheits-Kreditinstitut präsentieren  
konnte.

Nachdem im Frühjahr sich die Preussische Pfand-  
briefbank und die Preussische Zentral-Bodenkredit-AG.  
vereint hatten, hat das so vergrößerte preussische  
Institut sich mit der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypo-  
thekendarlehen unter Zuziehung der Frankfurter Hypo-  
thekendarlehenbank, welche die Frankfurter Pfandbriefbank über-  
nahm, fusioniert. Die Zentral-Bodenkredit-AG. soll  
hauptsächlich Ost- und Norddeutschland mit Realcredit  
versorgen. Sie hat in der Gruppe allein die Hälfte des  
Gesamtumsatzes an Pfandbriefen. Mitteldeutschland  
bleibt das Gebiet der durch die Nordd. Grundkreditbank  
verstärkten Meiningener Hypothekendarlehenbank, Sachsen bleibt im  
Aufgabekreis der Leipziger Hypothekendarlehenbank, Mecklen-  
burg in dem der Mecklenburgischen Hypothekendarlehen-  
bank, Rheinland und Westfalen in dem der West-  
deutschen Bodenkredit AG., während das Geschäft in  
Südwestdeutschland und auch Süddeutschland der durch  
die Aufnahme der Frankfurter Pfandbriefbank verstärkten  
Frankfurter Hypothekendarlehenbank obliegen soll. Die  
Fusion erstreckt sich somit durch die Aufnahme der Frank-  
furter Hypothekendarlehenbank (die damit aus der losen Arbeits-  
gemeinschaft süddeutscher Hypothekendarlehenbanken ausscheiden  
wird) auch auf Südwestdeutschland. In Süddeutschland  
bleiben außer den beiden bayrischen großen Hypothekendarlehen-  
banken (Bayrische Hypothekendarlehenbank und Bayrische Vereins-  
bank), vier Institute, darunter auch das badische in  
Mannheim, die Rheinische Hypothekendarlehenbank mit einem  
Umlauf von 227 Mill. (1929), unabhängig.

Der neue Hypothekentrust hat einen Pfandbrief- und  
Kommunalumlauf von 2800 Mill., bei einem Gesamt-  
umlauf von 6400 Mill. aller deutschen Hypothekendarlehen.  
Der große Zusammenschluß in deutschen Kreditbankwesen  
(Deutsche Bank und Diskontogesellschaft) hat dem Zu-  
sammenschluß der Realcreditinstitute, an denen jede der  
beiden D-Banken maßgebend beteiligt war, sicher vor-  
gearbeitet. Der Hauptgrund der Konzentration ist der,  
das Ausland mehr als bisher für den deutschen Real-  
credit zu interessieren, nachdem es bisher nur vereinzelt  
gelang, größere Posten Pfandbriefe im Ausland zu be-  
geben. Da die ausländischen Kapitalbesitzer es vorziehen,  
Papiere in eigener Währung zu erwerben, will man  
jetzt vom Verkauf von Pfandbriefemissionen im Ausland  
absehen, und es ist anscheinend die Schaffung eines aus-  
ländischen Gold- und Treuhandinstituts geplant, wel-  
ches das Valutarisiko übernehmen und eigene Bonds aus-  
geben soll.

Die Börsen-Angelegenheit beschäftigte nochmals die Berliner  
Stadtverordnetenversammlung. Der deutsch-nationale Fund-  
ner wendete sich besonders dagegen, daß der Magistrat in  
aller Eile einen Pensionierungsbeschluß mit Börs zum 1. No-  
vember über 30 000 M. gefaßt habe. Alle Fragen, die zur  
Pensionierung geführt hätten, müßten noch einmal nachge-  
prüft werden.

# Die Regierungserklärung im Reichstag

## Beginn der politischen Aussprache

Reichszankler Dr. Brüning hat am Donnerstag im Reichs-  
tag das Regierungsprogramm vorgetragen als Vertreter eines  
Kabinetts, hinter dem nur eine Minderheit der Parteien des  
neuen Reichstages steht. Er mußte dabei auch für die Not-  
verordnung eintreten, deren Inhalt vom alten Reichstag ver-  
worfen worden ist mit dem Effekt der Reichstagsauflösung.  
Angesichts dieser parlamentarischen Lage war es eigentlich  
überraschend, daß die Kanzlerrede, abgesehen von Protest-  
kundgebungen der radikalen Flügelparteien, vom Reichstag  
mit einer gewissen Sympathie aufgenommen wurde. Ziel  
Neues konnte naturgemäß Dr. Brüning nicht sagen. Er kün-  
digte ein umfassendes Reformprogramm für Wirtschaft und  
Finanzen an. Er sieht das Mittel zur Behebung der gegen-  
wärtigen schweren Krise im Preisabbau und Sparhaftigkeit  
in einem Finanzausgleich, der den Gemeinden auch die Ver-  
antwortung für die Einnahmen auferlegt. Er will die Real-  
löhne nicht herabsetzen, hält aber eine vorübergehende Sen-  
kung der Gehälter und Löhne für notwendig zur Erreichung  
der Preisentlastung. In seinen Ausführungen zur Außenpolitik  
betonte der Kanzler die Notwendigkeit, der seit dem Abschluß  
des Youngvertrages eingetretenen Verschlechterung der deut-  
schen Wirtschaftslage Rechnung zu tragen und auch jene Ver-  
tragsbestimmungen durchzuführen, die zu Deutsch-  
lands Gunsten sprechen, besonders im Hinblick auf die Ab-  
rüstungsfrage.

Bei den Ausführungen, in denen Dr. Brüning sich gegen  
die Aufhebung der Notverordnung wandte, war von beson-  
derer Bedeutung ein Satz. Er erklärte sich damit einverstan-  
den, daß die Notverordnung einem Reichstagsausschuß über-  
wiesen werde und daß dort Verbesserungen vorgenommen  
werden, wenn sie Zweck und Ziel der Verordnung nicht ge-  
fährden. Diese Erklärung wurde im Reichstag als der  
Brückenschlag zur Sozialdemokratie betrachtet. Die sozial-  
demokratische Fraktion hat bereits erklärt, daß sie nicht die  
Aufhebung der Notverordnung, sondern nur ihre Verbesse-  
rung im Wege der Ausschussberatung verlangt.

Nachdem der Kanzler diesem Verlangen nachgegeben hat,  
dürfte er wenigstens für die nächsten schwierigen Monate auf  
eine gewisse Unterstützung durch die große Fraktion des  
Hauses rechnen können. In dieser Beziehung war eine ge-  
schäftsordnungsmäßige Abstimmung symptomatisch, die bei der  
Festsetzung der Tagesordnung für die Freitagssitzung erfolgte.  
Zu den vielen Anträgen und Gesetzentwürfen, die mit der  
Beratung der Regierungserklärung verbunden wurden, ge-  
hört auch das Schuldentilgungsgesetz. Das Zentrum hatte,  
einem Wunsche des Kanzlers entsprechend, beantragt, daß  
diese Vorlage besonders zur ersten Beratung kommen soll.  
Dagegen waren die Kommunisten, Nationalsozialisten,  
Deutschnationale und Landvolk Die Sozialdemokraten stimmten  
aber zusammen mit der Regierungsmehrheit für den Zen-  
trumsantrag. So legte die Partei des Reichszanklers mit  
einem Stimmenergebnis von 295 gegen 219 Stimmen. Es  
ging hier um eine Tagesordnungsfrage, aber es verfiel sich  
die Überzeugung, daß die hier gefaßte Mehrheit von 76 Stim-  
men die Mehrheit ist, auf die das Kabinett Brüning wenig-  
stens in der nächsten Zeit im Reichstag rechnen kann.

Am heutigen Freitag begann die Sitzung schon um 10 Uhr.  
Nach der Beratung des Schuldentilgungsgesetzes soll die große  
politische Aussprache über die Regierungserklärung beginnen.

Zunächst kommt zur ersten Beratung der Gesetzentwurf über  
die Schuldentilgung.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) beschuldigt die Nationalsozia-  
listen, daß kurz vor dem Hitlerputsch ihr theoretischer Kron-  
leuchter Feder sein Kapital ins Ausland gebracht habe. Es  
kommt zu lärmenden Zwischenrufen, und Präsident Rabe  
kann nur mit Mühe Ruhe schaffen. Die Kommunisten ver-  
langten dagegen die Einstellung der Tribüneleistungen, und sie  
würden auch das vorliegende Gesetz ablehnen.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) bezeichnet zunächst die von Dr. Neu-  
bauer gegen ihn erhobene Beschuldigung der Kapitalver-  
bringung als eine Lüge. Er erhält einen Ordnungsruf, wie auch  
der Kommunist Neubauer auf einen Zwischenruf. Die Na-  
tionalsozialisten mühten beantragen, daß die Überschrift des  
Gesetzes dahin geändert werde, daß es heiße „Gesetz zur Er-  
höhung der Schulden“. Vielleicht werde jetzt noch die Deutsche  
Reichspost dem Auslande ausgeliefert. Es werde nur ein  
Loch mit dem anderen zugestopft. Die wirklich deutschen Par-  
teien müßten diese Vorlage ablehnen und mit der Vorlage  
muß auch die Regierung beschwinden.

Abg. Dr. Quast (Deutschn.) stimmt dem Vorredner in der  
Verurteilung der Vorlage zu. Der Finanzminister hat von  
deutschen Banken nicht das Geld bekommen, das er gebraucht.

Reichsfinanzminister Dietrich gibt dann eine zahlenmäßige  
Aufstellung der schwebenden deutschen Schuld. Diese deutsche  
Schuld betrage 1213 Milliarden. Die große Belastung durch

die gesteigerte Arbeitslosigkeit habe eine Verminderung dieser  
Schulden verhindert. Mit den für die Arbeitslosenunter-  
stützung vorgesehenen Mitteln komme man nicht aus. Es  
seien 300 Millionen mehr erforderlich. Die finanzielle Lage  
werde unter diesen Umständen am 1. April 1931 die gleiche  
sein wie am 1. April 1930. Mit der in dem vorliegenden  
Gesetz enthaltenen Anleihe werde es gelingen, den Etat zu  
balancieren und die schwebende Schuld abzubauen.

Von den Nationalsozialisten werden diese Ausführungen  
des Ministers fortwährend durch laute Zurufe unterbrochen.  
Der Reichsfinanzminister Dietrich erklärt dann mit erhobener  
Stimme, bei den Verhandlungen über die Auslandsanleihe  
habe er mit keinem Wort die Verpflichtung irgendeines deut-  
schen Monopols zugelegt oder versprochen, daß Deutschland  
auf eine Anwendung der ihm günstigen Bestimmungen des  
Youngvertrages verzichten werde. (Einige Nationalsozialisten  
machen dem Minister fortwährend so laute Zurufe, daß die  
letzten Sätze seiner Rede kaum verstanden werden können.  
Am Schluß klatschen die Abgeordneten der Mitte Beifall.)

Abg. Keil (Sozdem.) nennt die Deutschnationalen Bar-  
barer, denn die Reichsregierungen hätten einen großen Teil  
der Schuld an der Finanznot des Reiches. Die sozialdemo-  
kratische Fraktion wolle mit allen Kräften daran arbeiten,  
daß die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Das  
liege gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft. Der  
Redner verliest dann das Protokoll der Vernehmung eines  
Münchener Polizeibeamten, der ausgesagt hat, der Abg. Feder  
habe im November 1923 von seinem Bankhaus ein be-  
trächtliches Aktienpaket abgeben wollen mit der Begründung,  
er brauche es als Pfand für die Aufnahme einer größeren  
Geldsumme. Wenige Tage später sei der Hitlerputsch aus-  
gebrochen und Feder habe eine Verfügung erlassen, in der  
alle Bankabhebungen mit Strafe bedroht werden.

Abg. Dr. Bang (Deutschn.) bestreitet nicht den ehrlichen  
Willen der Regierung. Der Überbrückungskredit sei der letzte  
Verzuch zur Rettung eines zusammengebrochenen Systems.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) erwidert dem Abg. Keil, er habe  
leiblich ein entwertetes Bankdepot abgeben wollen.

Abg. Keil (Sozdem.) antwortet, das angeblich wertlose De-  
pot habe doch als Pfand für eine größere Summe dienen  
sollen. (Dieses Redebeispiel spielt sich unter großem Lärm ab.  
Der nationalsozialistische Abg. Koch-Spreitzen wird wegen  
der Aufstufungen vom Präsidenten aus dem Saal gewiesen.)

### Die nationalsozialistischen Agitationsanträge

finden auch in der Reichspresse absolut ablehnende Kritik.  
Der Eugenbergrische Berliner „Vollanz.“ schreibt, bei der Na-  
pitalsucht würden die Anträge schwerlich etwas bessern. Ähn-  
lich sei es mit der Begrenzung des Zinssatzes. Bucherpara-  
graphen hätten nur einen mäßigen Nutzen. Eine völlige Auf-  
hebung des börsenmäßigen Handels der Wertpapiere würde  
wahrscheinlich nicht die großen Kapitalisten, sondern vielmehr  
die Spar- und die kleinen Geschäftleute treffen. Die „D.N.“  
bemerkte, daß die Nationalsozialisten mit diesen Anträgen sich  
eine völlige Verkennung der von der sozialdemokratischen  
Führerschaft bereits richtig erkannten neuen Zeitströmung lei-  
steten. „Marxismus“ sei eine Rolle aus der Vergangenheit.  
Die Nationalsozialisten dürften solche Anträge, die auf Zer-  
störung des Eigentums, also auf Marxismus, hinausläufen,  
nicht stellen. Die rechtsstehende „Börzenzeitung“ stellt fest,  
daß eine Anzahl vernünftiger Gedanken von Anträgen über-  
wuchert würden, die nur den Wert nackter Agitation hätten.  
Hervorzuheben sei z. B. die Forderung nach Sozialisierung  
der Großbanken und der Reichsbank, nach Konfiskation des  
Vermögens der Bank- und Börsenfürsten, nach Konfiskation  
jedes in ehrlicher Arbeit seit 1914 erworbenen Vermögens —  
denn auf jedes Vermögen könne der Antrag angewandt wer-  
den.

Ein weiterer Antrag der Nationalsozialisten verlangt eine  
Kürzung der Gesamtbesoldung des Reichspräsidenten, der Reichs-  
minister und der Direktoren der Reichstagsabgeordneten um 50  
v. S. In den hohen Beamtengruppen soll eine stufenweise  
durchgeführte Verminderung bis zu 15 Prozent und ein völ-  
liger Wegfall der Ministerialzulagen stattfinden. Die Ge-  
hälter der unteren und mittleren Beamten seien grundsätzlich  
unangefastet zu lassen, die Höchstpensionen sollen 12 000  
Reichsmark nicht überschreiten. — Diesen Antrag nennt die  
„Börzenzeit.“ eine rapide Annäherung an das sozialistische  
System. Die Forderung nach Aufrechterhaltung der Gehälter  
der unteren und mittleren Beamten bei Kürzung der Gehäl-  
ter bis zu 15 Prozent sei so marxistisch-sozialistisch, so klassen-  
kämpferisch, daß noch nicht einmal die Sozialdemokratie bis zu  
diesem Grad der Agitation sich verfliegen habe. Der „Börzen-  
kurier“ meint, daß die Nationalsozialisten nicht mehr ernst ge-  
nommen werden könnten.

### Badisches Landestheater

#### Der Ring des Nibelungen — Siegfried

Auch für des Bühnenfestspiels zweiten Tag, für den „Sieg-  
fried“, hat man im allgemeinen wieder mehr Richard Waga-  
ners Vorschriften sich zur Richtschnur genommen. Besonders  
der im letzten Jahr so befremdlichen Aufmachung des zweiten  
Aktes hat der jetzige Spielleiter Dr. Hans Waag eine Neu-  
anordnung entgegengesetzt, die naturgemäß und deshalb recht  
eindringlich wirkt. Ebenso hat dies einzigartige Naturbild,  
wie eine große Formate einerseits eingebettet zwischen dem  
Streit der feindlichen Brüder Mime und Alberich und ande-  
rerseits doch schon in der Wolan-Eda-Szene die Motivgewalt  
der „Götterdämmerung“ ankündigend, musikalisch durch Ge-  
neralmusikdirektor Josef Kriss in einen prachtvoll hinreichenden  
Zug erhalten. Noch hier und da ein weiteres Zurückdämmen  
jeglicher Sonderinteressen und es wird bald auf gestaffter,  
wahrhaft sonziger Höhe stehen wie ehedem, und die ihm  
innewohnende musikalische Idee wird gegenüber der  
übrigen Ringmusik noch deutlicher hervortreten!

Solltisch ist zum Teil nicht minder Gutes zu berichten.  
Theo Strad, nach Gestalt und Jahren zwar kein Jungsiegfried  
mehr, ließ dafür seine Stimme in desto beschwönderischer  
Kraft fließen. Wie gleich in den Schmiedeliedern entwickelte  
er auch später noch im großen Schlussschritt stärkste Stim-  
migkeit. Weit besser gelang es übrigens auch Jine Reich-Dörich,  
durch gesteigerte Ausdrucksfähigkeit dem Brünnhilde-Charak-  
ter nahekommen. Freilich sollte sie als statliche Frau  
von beträchtlich heftigem Umfang darauf bedacht sein, jede  
unnötige Schwimmbewegung der Arme nach Möglichkeit zu  
meiden. Die Jweigtür Wimes scheint dem neuen Tenor-  
buffo Robert Kiefer immerhin gelanglich doch etliche Schwie-  
rigkeiten zu bereiten, dagegen fand er für das plärende,  
halb ängstliche, halb dummpfiffige Gebahren schon ein äußerst  
charakteristisches, fast zu mancerisches Spiel. Ähnlich der  
Nibelheimjense im „Rheingold“ hatte besonders der Augen-  
blick, wo Mime und Alberich (Karlheinz Köfer) vor der Nibel-  
höhle aufeinander losfahren, viel Unwichtigkeit. Neben Adolf  
Schöffins verständigem Einwürfen-Kasner, neben dem  
ledend klaren Waldöglein von Else Blant war es — wie

gleichfalls schon im Rheingold — auch an diesem Abend wie-  
der ein Genuß, in der Siegfried-Eda von Etsriede Haber-  
torn eine volltönende Altstimme von selten epischem Klang  
zu hören. Mit fast zubielt Verhaltenheit und Züfischerkeit-  
heit dünkte uns hingegen der Wanderer, von Hans Nittsch  
ausgestattet; gerade eine an sich so passive Partie sollte ein-  
dringlicher musikalische und seelische Dynamik zusammen-  
fallen lassen, mühte in ihren wenigen Akzenten und Ausdrü-  
cken entscheidender gestaltet sein. Daß das Publikum eine  
Gesamtauführung des Ringes feinnüchig reklamiert, erwies  
wiederum an diesem Abend ein gutbesuchtes, beifallfreudiges  
Haus.

### Freiburger Aufführung

—er. Ein neues Gegenwartsstück in sechs Bildern von Curt  
Corriath: „Seltion Rahnstetten“, ein mit bemerkenswertem  
Geschick aufgebautes Theaterstück hatte mit seinen über allen  
politischen Fanatismus triumphierenden Gedanken der Men-  
schenliebe und gegenseitiger Verständigung bei seiner Auf-  
führung in Stadttheater ausgezeichneten Erfolg. Die Dar-  
stellung unter Walter Felsensteins ausgezeichneter Regie und  
mit dem offenbar sehr begabten jungen Darsteller, Walter  
Niedland, in der Hauptrolle, verdient hohe Anerkennung. Au-  
ßerdem traten mit besonderen Leistungen die Herren Goefke,  
Golz und Beder hervor.

Münchener Lichtspielkunst AG., München (Emelta). Be-  
kanntlich steht dem Reich ein Optionsrecht auf 2,6 Millionen  
Reichsmark Aktien der Emelta gegenüber der Commerz- und  
Privatbank zu. Dieses Optionsrecht hat das Reich auf eine  
unter Führung des Kommerzienrats Kraus, München, stehende  
Gruppe unter teilweisem Beizicht des Reiches auf die gegen  
die Emelta zustehenden Forderungen übertragen. Durch den  
hierüber abgeschlossenen Vertrag ist die Lebensfähigkeit der  
Emelta unter deutscher Verwaltung als selbständiges Unter-  
nehmen mit deutscher Produktion gesichert. Damit hat sich  
das Reich ohne jede geldliche Verpflichtung für die Zukunft  
von einer Interessennahme an der Emelta wieder gelöst.

### Weitere Anträge

Die Nationalsozialisten haben einen Antrag eingebracht, wonach das Republikstimmgesetz vom 25. März 1930 außer Kraft gesetzt werden soll. Ein weiterer Antrag fordert Verhandlungen mit der österreichischen Regierung auf Herstellung einer Zoll- und Wirtschaftsunion mit dem Deutschen Reich einzuleiten.

Der angekündigte Antrag der Nationalsozialisten über die Enteignung der Bank- und Börsenfürsten liegt jetzt gleichfalls dem Reichstag vor.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, sämtliche im Youngplan vorgesehenen Maßnahmen zur unzugänglichen Herbeiführung eines Zahlungsaufschubs einzuleiten, mit dem Ziele, im Rahmen keine Zahlungen zu leisten, durch welche die Wiederherstellung einer gesunden Lebenshaltung des Deutschen Volkes gefährdet ist, fernere unzulässig eine Denkschrift über alle bisher vom Deutschen Reich an die früheren Feindbundstaaten durchgeführten Leistungen fertigzustellen und zu veröffentlichen.

Die Wirtschaftspartei ersucht die Reichsregierung, unversichtlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem das Zugabewesen verboten wird.

Die Landvolkpartei hat einen Gesetzentwurf über den Vollstreckungsschutz eingebracht, wonach, um den in ihrem Besitze durch Zwangsvollstreckung gefährdeten landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieben eine gesicherte Fortführung zu gewährleisten, ein besonderer Vollstreckungsschutz für die Zeit bis zum 30. September 1931 eingeführt wird.

### Deutschland und Frankreich Politischer Abend der deutsch-französischen Gesellschaft

Die deutsch-französische Gesellschaft veranstaltete Donnerstag in Berlin einen politischen Abend, der unter der Leitung des preussischen Staatssekretärs Weismann stand und eine Ansprache eines Abgeordneten des deutschen und des französischen Parlaments brachte.

Der Abteil Pierre Cot sprach zu dem Thema: „Was Frankreich von Deutschland erwartet“. Er führte unter nachdrücklicher Betonung seines persönlichen Standpunktes u. a. aus, das französische Volk sei verständig und friedenswillig, und habe diese Tendenz auch angesichts der jüngsten Ereignisse in Deutschland nicht aufgegeben. Ein neues Europa sieht Cot in den Entwicklungslinien vorgezeichnet, die Briand in seinem Plan festgelegt hat, und legt den größten Nachdruck auf das Zusammenkommen des französischen und deutschen Volkes.

Der Zentrumsabgeordnete Joos stellte die These auf: „Was Deutschland von Frankreich erwartet“, und betrauerte das Thema besonders von der psychologischen Seite her. Er suchte den französischen Zuhörern, die sehr zahlreich erschienen waren, die Voraussetzungen der letzten politischen Ereignisse in Deutschland näherzubringen, und die Forderung nach einer Verständigung, unabhängig von Konjunktur und Regierungskoalition als eine Selbstverständlichkeit des europäischen Lebenswillens zu beweisen. Dabei vertrat er mit großer Entschiedenheit die nationalen Ansprüche des deutschen Volkes.

Staatssekretär Dr. Weismann erklärte, daß ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland die endgültige Stabilisierung des Friedens und der Wohlfahrt in Europa bedeute. Voraussetzung sei die Erkenntnis, daß das deutsche Volk durch den Frieden von Versailles und die Höhe der Tributzahlungen in eine Lage gedrängt wurde, in der es auf die Dauer auch beim besten Willen nicht leben kann. Bleiben die Tributzahlungen in der jetzigen Höhe, so ist an Ruhe nicht zu denken; denn ein langsam ausblutender Volkskörper neige zu Konvulsionen. Frankreich habe von Deutschland nichts zu fürchten, wenn es so einseitig sei, zu begreifen, daß man dem deutschen Volk nicht zumuten könne, was Frankreich selbst in gleichem Maße niemals erdulden würde.

Unter den Gästen war der französische Botschafter in Berlin, der deutsche Botschafter in Paris, zahlreiche Reichstags- und Reichstagsmitglieder, höhere Beamte des Auswärtigen Amtes, der Presseabteilung der Reichsregierung und der ausländischen Mission in Berlin.

### Ein weiterer Artikel Hervés für Vertragsrevision

W.B. Paris, 17. Okt. (Tel.) In seinem Blatt „Victoire“ legt Gustave Hervé die gestern begonnene Kampagne zugunsten einer Revision des Versailler Vertrages fort. Er erklärt heute, man müsse den Versailler Vertrag revidieren und ihn der neuen Lage anpassen, die durch das Versagen Frankreichs ehemaliger Allierter, Australiens, Amerikas, Italiens und Ungarns, durch die auf den Krieg folgende Wirtschaftskrise, durch das Chaos, in das Deutschland zu fallen im Begriffe steht, und durch die eintrende Wunde, die bolschewistische Revolution geschaffen worden ist. Wir waren, so erklärt Hervé, vier große Nationen, um in Versailles das Urteil gegen Deutschland zu fällen. Heute bleibt nur Frankreich übrig. Wie will man unter den derzeitigen Umständen eine Vertragspolitik treiben?

### Koch-Weser legt sein Reichstagsmandat nieder

Der demokratische Führer Koch-Weser erklärte in einem Schreiben an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, daß er sein Reichstagsmandat niederlegen werde. Er fühle sich nach den schweren politischen Entscheidungen der letzten Monate nicht mehr imstande, führend und im Parlament mitzuarbeiten. Nach der Reichsliste wird nunmehr der Jungvolkpartei der Windschutz an die Stelle Koch-Wesers rücken. Damit entfallen, wie aus staatsparteilichen Kreisen mitgeteilt wird, alle Gerüchte, daß die Jungvolkpartei sich gleichfalls von der Staatspartei zurückgezogen hätte. Ebenso trifft es nicht zu, daß die Staatspartei im Reichstage wieder ihren alten Namen „Demokratische Partei“ annehmen würde.

Der demokratische Parteivorstand hat einem Antrag Dietrich zugestimmt, wonach dem Parteitag vorgeschlagen wird, den Übergang in die Deutsche Staatspartei zu vollziehen. Bis zum demokratischen Parteitag wird nach Kochs Rücktritt ein geschäftsführender Ausschuss die Leitung der Partei innehaben. Ihm gehören an die Abg. Dietrich, Fischer (Köln) und Köpfer-Weser sowie Herr Jäger und Frau Dr. Lüders.

Dr. Scholz erkrankt. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, hat an der Reichstags-Sitzung am Donnerstag nicht teilgenommen. Er war Mittwoch abend plötzlich erkrankt. Es heißt, daß die Erkrankung mit seinem letzten Darmleiden zusammenhängt, wegen dessen er bekanntlich vor einiger Zeit operiert werden mußte. Sicher ist schon jetzt, daß Dr. Scholz zunächst für die kommenden fünf Wochen der aktiven Politik fernbleibt. Die Fraktion hat beschlossen, den Abg. Damm mit der Führung der Geschäfte zu betrauen. Wie weiter ausdrücklich gemeldet wird, ist die Krankheit Dr. Scholz keine politische. Sie scheint vielmehr ernst. Damit wird die Frage der Führung aufs Neue aufgeworfen. Als Kandidaten gelten u. a. Dr. Dingeldey aus Posen und der neugewählte Abgeordnete Schifferer aus Schleswig-Holstein, der im Reichstag als Mitglied seine Heimatprovinz vertritt.

Generalsobert Gede hat gebeten, den auf den 30. November 1930 festgesetzten Termin seines Ausscheidens aus dem Dienst auf den 31. Oktober 1930 vorzuzerlegen. Im Hinblick auf die jetzige politisch besonders bewegte Zeit hält er es für notwendig, daß die Übergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger jetzt vollendet wird, damit wieder ganz klare Befehlsverhältnisse in der Heeresleitung geschaffen werden. Der Reichspräsident wird dem Antrage stattgeben.

Im Reichsrat wurde am Donnerstag die Schlußabstimmung über das Konfessionsstützungsgesetz vorgenommen. Die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Hannover ließen erklären, daß sie das Gesetz ablehnen. Es wurde mit 52 gegen die 11 Stimmen der erwähnten preussischen Provinzen und des Landes Sachsen bei Enthaltung des Landes Thüringens und der Provinz Schleswig-Holstein, angenommen. Die Annahme ist mit der bei diesem Gesetz erforderlichen verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit erfolgt.

Reichsinnenminister Dr. Wirth widmete dem nach 10jähriger Tätigkeit wegen Krankheit ausscheidenden badischen Ministerialdirektor Dr. Kempff warme Worte der Anerkennung.

### Kleine Chronik

In Traunstein wurde ein Polizeibeamter von zwei verhafteten Burtschen, die ihm den Säbel entrißen hatten, durch Hiebe über den Kopf schwer verletzt. Der Beamte gab hierauf Schüsse ab, wodurch einer getötet und der andere schwer verletzt wurde.

Im Städtischen Kinder- und Mütterheim in der Münsterallee in Charlottenburg sind nach dem Genuß von Gänseleberpaste insgesamt 27 Personen an Paratyphus erkrankt, darunter 17 Schwestern, 7 Angestellte des Pflegepersonals und 3 Mütter, die dort zur Zeit liegen.

Eine Bankfiliale in Toronto (Kanada) wurde von drei Banditen überfallen, die 12.000 Dollar raubten.

Der Deutsche Koch, der am 13. März beim Kauf eines Revolvers einen Pariser Waffenhändler in dessen Laden erschossen hatte, wurde vom Pariser Schmutzgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Das Reichsgericht verwarf die Revision der beiden wegen Fälschung russischer Dokumente und versuchten Betruges zu je vier Monaten Gefängnis verurteilten Russen Orloff und Rawonowski.

### Badischer Teil

#### Minister Wittemann bei der Karlsruher Polizei

Am Donnerstagnachmittag stattete der Minister des Innern Wittemann der Karlsruher Polizei in ihren gesamten Dienstgebäuden in der Turnhalle der Polizeiuferunterkunft einen Besuch ab, weil in der letzten Zeit auch Angehörige der Karlsruher Polizei Gegenstand scharfer Kritik waren.

Polizeidirektor Hauser kam nach der Begrüßung des Ministers auf die schweren Aufgaben der Polizei und die geübte Kritik auf sprechen und bedauerte diese Angriffe. Er stellte fest, daß die Karlsruher Polizei verfassungstreu sei und demgemäß auch ihre Dienstpflicht aufwisse. Dem Herrn Minister könne er die Versicherung geben, daß die Polizei jederzeit eine zuverlässige Stütze des heutigen Staates und der republikanischen Verfassung sein werde.

Minister Wittemann erwiderte, daß er diese Versicherung mit großem Danke entgegennehme. Er müsse die gewissenhafte Ausübung der Dienstpflicht und den Schutz des Staates aber auch getadelt verlangen, und eventuell mit allen Mitteln des Beamtengesetzes erzwingen; der Minister sei jedoch der Ansicht, daß das letztere sich nicht als notwendig erweise. In den 12 Monaten seiner Amtszeit habe er den besten Eindruck von der Karlsruher Polizei empfangen. Wenn Kritik geübt werde, so sei das nicht unangenehm und Berichtigungen werden oft nicht gelesen. Es darf sich dadurch aber kein Mitglied der Polizei von seiner Pflichterfüllung abhalten lassen. Man soll auch nicht zuviel Angst vor der Kritik und vor Drohungen haben.

Der Minister versicherte auch, daß er stets auf das persönliche Wohl der Polizeiangehörigen bedacht sei; er wisse sehr wohl, daß noch manche Wünsche zu erfüllen seien, und er bemühe sich, zu tun, was möglich ist. Unter Umständen könnten ihm auch Einzelwünsche auf dem Dienstwege oder persönlich vorgetragen werden. Aber die schlimmste Finanzlage des Staates dürfe nicht außer acht gelassen werden.

Mit einem warmen Appell an die Verammelten, stets strikte Pflichterfüllung bei allen Amtshandlungen voranzustellen und sich durch nichts, auch nicht durch geübte Kritik, davon abhalten zu lassen, schloß der Minister seine eindrucksvolle Ansprache.

Anschließend erfolgte ein Besuch des Ministers im Landespolizeiamt.

#### Süddeutsche Ministerkonferenz

Aber die Konferenz süddeutscher Minister in Stuttgart sind in verschiedenen Blättern irreführende Mitteilungen verbreitet worden. Im Zusammenhang damit wurde die Meinung ausgesprochen, als ob die Quelle der Indiskretion in Karlsruhe zu suchen sei („Süddeutsche Zeitung“ Nr. 477 vom 13. Oktober). Der „Volkstfreund“ (Nr. 239 vom 14. Oktober) will erfahren haben, daß die über die Ministerkonferenz von der „Frankfurter Zeitung“ gebrachten Mitteilungen auf „die Indiskretionen eines Vertreters des badischen Landes“ zurückzuführen seien. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen. Von irgendeiner Indiskretion eines Vertreters des badischen Landes kann keine Rede sein.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Wetterlage hat sich nicht geändert, so daß das südosteuropäische Hochdruckgebiet seinen Einfluß auf unsere Wetterverhältnisse weiterhin behaupten wird. — Voraussage: Fortdauer der bestehenden Witterung. — Wasserstände. Waldshut 332—29, Basel 164—24, Schutterinsel 235—10, Keßl 378—18, Nagau 628—33, Mannheim 617—34, Caub über 200 Zentimeter.

Änderung eines Bahnhofsnamens und einer Landestelle. Ab 1. November d. J. wird der Bahnhofsnamen Buchen in Baden (Oberrhein) geändert. Die Schiffsländestelle Gaienhofen erhält ab 1. November d. J. die Bezeichnung Gaienhofen (Bodensee).

### Aus der Landeshauptstadt Im Wasserflugzeug über Karlsruhe und dem Rhein

Nappendorf ist nun Wasserflughafen geworden und hat natürlich bei diesem herrlichen Herbstwetter dadurch sehr kurzen Besuch. Das Wasserflugzeug „Seeschwalbe“ der deutschen Luftwaffe, ein Zanters-Ganzmetallflugzeug auf Schwimmern, ist wirklich ein Mittel, das Interesse des Publikums am Flugwesen zu wecken. Es bereitet schon einen Genuß, den eleganten Manövern des im Wasser und in der Luft wunderbar wendigen modernsten Verkehrsmittels zuzusehen. Aber das schönste ist doch ein Flug mit der „Seeschwalbe“ über Rheinebene und Stadt, gerade jetzt, wo von oben die geographische Gliederung unseres Rheinvorlandes infolge des Hochwassers besonders deutlich hervortritt und man aus die reiche Farbenpracht der herbstlichen Wälder herabblenden kann, wie auf das fröhliche und bunte Bild von Stadt und Umgebung aus der Vogelperspektive.

Die gestrigen Probeflüge zeigten auch die Schnelligkeit unserer modernen Luftfahrzeuge. Wenn man nach einem großen Umweg über Rhein, Rheinhafen, Rielingen und Gardt, wald zur Stadt gelangt ist, braucht man nur 5 Minuten, einschließlich einer großen Schleife über Pfälzer Gebiet und des Landungsmanövers, von der Gegend des Durlacher Tores bis zum Wiederbetreten festen Bodens. Tatsächlich wird die Strecke in etwa 3 Minuten zurückgelegt, und unwillkürlich drängt sich ein Vergleich mit unseren Verkehrsmitteln auf der Erde, wie unserer doch gut fahrenden Straßenbahn auf. Die 370 PS heben mühelos das Flugzeug, die Schwimmer und die Passagiere in die Luft, sie lassen sich gehoriam bändigen und lenken, und ziehen auch ohne Mühe nach der Landung die „Seeschwalbe“ auf dem starkströmenden Rhein zum Landungsplatz hinauf. Es wird wohl kaum einen Flugteilnehmer geben, der nicht das Gefühl der Sicherheit verspürt hätte, und am Schluß das Bedauern, daß der Flug schon zu Ende war.

Der gestrige erste Flugtag in Nappendorf war von über 1200 Personen besucht. Da auf je 100 Personen ein Freiflug entfällt, sind durch Losziehung auf die nachfolgenden Nummern von Eintrittskarten zum Strandbad Freiflüge entfallen, die heute, Freitag, zwischen 11 und 14 Uhr ausgefliegen werden können. Nr. 80 918, 80 129, 80 430, 80 107, 80 700, 80 635, 80 982, 80 765, 80 372, 81 200, 80 280 und 80 105. Die Inhaber dieser Nummern erhalten gegen Vorzeigen der entsprechenden Strandbadeintrittskarte einen Freiflug. Meldung am Startplatz im Rheinstrandbad.

Eine Sportärztliche Beratungsstelle. Nach langjährigen Bemühungen ist es dem Vorsitzenden des Karlsruher Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, Prof. Thill, gelungen, einen längst gehegten Wunsch der Sport- und Jugendpflegevereine in die Tat umzusetzen. Nach langen Verhandlungen mit der Stadt und mit dem Sportärzteeverband ist die Einrichtung einer sportärztlichen Beratungsstelle Wirklichkeit geworden. Zweimal wöchentlich stehen berufene Sportärzte zur unentgeltlichen Untersuchung aller Sporttreibenden und angeschlossenen Vereine zur Verfügung. Die Kosten werden vom Stadtausschuß getragen.

Antrag des Reichsanwalts auf Verwerfung der Revisionsanträge im Mordprozeß Werner. Im Mordprozeß Werner, dessen Revision vor dem Ersten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am heutigen Freitag durchgeführt wird, hat der Reichsanwalt den Antrag gestellt, sowohl die Revision des zum Tode verurteilten Werner, als auch die Revision der Staatsanwaltschaft der Frau Märkle zu verwerfen, also das Urteil des Schwurgerichts Karlsruhe in diesem Prozeß zu bestätigen. Das Urteil dürfte erst in den Nachmittagsstunden zu erwarten sein.

Die Politik auf der Straße. Donnerstag abend halb 11 Uhr wurden etwa 20 Nationalsozialisten, die von einer Versammlung in Weierheim zurückmarschierten, in der Altstadt von etwa 15 Kommunisten belästigt, so daß es zu einem Handgemenge kam. Dabei wurden drei Nationalsozialisten verletzt. Beim Erscheinen der Polizei flüchteten die Parteien in ihre Parteilokale, gefolgt von der Polizei, die Durchsuchungen nach Waffen vornahm. Es gelang, im kommunistischen Lager einen der Täter zu fassen. Die Kommunisten scheinen, wie der Polizeibericht meldet, den Überfall planmäßig vorbereitet zu haben. — Auch in Durlach kam es im Laufe des gestrigen Tages mehrfach zu Ansammlungen und Zusammenstößen von politischen Heißspornen. Dabei wurden einige Nationalsozialisten mißhandelt und verletzt. Die Polizei, die den ganzen Tag über mit Verstärkungen arbeitete, mußte bis zum Abend mehrmals die Straße räumen und wiederholt zum Knüttel greifen. Um halb 11 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

I. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheaterorchesters. In wenigen Tagen beginnen die diesjährigen Sinfoniekonzerte des badischen Landestheaterorchesters. Der erste Abend ist auf Mittwoch, den 22. Oktober, festgesetzt und wie üblich bringt sein Programm gleich zwei größere Werke der sinfonischen Literatur. Das Eingangswort hat Joh. Brahms mit seiner III. Sinfonie (F-Dur, op. 90), die zweite Vortragsstätte gehört Johann G. Mahler, dessen IV. Sinfonie in G-Dur zur Ausführung gelangt. Ihr Finale ist befanntlich ein Totalsatz, als Solistin wurde dafür die von den Bruckner-Schloßkonzerten her schnell berühmt gewordene Frankfurter Sopranistin Mia Ginkler verpflichtet. Schon ihres erstmaligen Auftretens in der Landeshauptstadt wegen darf das Generalmusikdirektor Josef Krips geleitete Eröffnungskonzert größtes Interesse bei allen Musikfreunden beanspruchen.

Kaffee Deon. Die verstärkte Hauskapelle Franz Doezel veranstaltet heute abend wiederum einen ihrer beliebten Abende heiterer Musik. Man hört Melodien aus Baginini, Land des Lächelns, das Potpourri 100prozentiger Schlager, sowie der neuesten Errungenschaften aus dem Gebiete des Jazz und Tangos. Siehe auch heutige Anzeige.

### Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	17. Oktober		16. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.19	169.53	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	112.36	112.58	112.39	112.61
Statten 100 S.	21.985	21.025	21.99	22.03
London 1 Pfd.	20.428	20.448	20.409	20.449
New York 1 D.	4.1995	4.2075	4.2005	4.2085
Paris 100 Fr.	16.467	16.507	16.465	16.505
Schweiz 100 Fr.	81.57	81.73	81.63	81.79
Wien 100 Schilling	59.225	59.345	59.255	59.375
Praag 100 Kr.	12.462	12.482	12.463	12.483

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 15. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 1/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7656 Pence.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Oktober 1930 sind in der zweiten Oktoberwoche an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen 310,4 Mill. Reichsmark in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 312,6 Mill. Reichsmark auf 4188,8 Mill. Reichsmark ermäßigt, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 2,2 Mill. Reichsmark auf 408,2 Mill. Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 224,9 Mill. Reichsmark auf 2354,3 Mill. Reichsmark vermindert. In einzelnen haben die Goldbestände um 262,5 Mill. Reichsmark auf 2180,4 Mill. Reichsmark abgenommen und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 37,6 Mill. Reichsmark auf 173,9 Mill. Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich von 54,3 Proz. in der Vorwoche auf 52,1 Proz., diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 57,3 Proz. auf 56,2 Proz.

**Zementpreismäßigung in Süddeutschland.** Der Süddeutsche Zementverband in Heidelberg hat jetzt für seine Bezirke Bayern und Württemberg den Preis für 10 Tonnen Zement um 20 M. ermäßigt, nachdem er vor etwa zwei Wochen den Zementpreis bereits um den gleichen Betrag herabgesetzt hatte. Für Baden und die sonstigen Gebiete des Süddeutschen Verbandes ist eine Preisherabsetzung in ähnlichem Ausmaße vorgenommen worden.

Die Kohlenindustrie ist zur Kohlenpreiserhöhung bereit. Reichsminister Dr. Brüning gab am Donnerstag im Reichstag bekannt, daß die Kohlenindustrie in Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt habe, trotz der noch nicht erleichterten Selbstkostenlage mit einer durchschnittlich 6prozentigen Senkung der Kohlenpreise voranzugehen, die am 1. Dezember wirksam werden soll. Der Reichsminister betonte, daß der bedeutende Schritt um so mehr von ihm anerkannt werde, als die Lage der deutschen Kohlenwirtschaft infolge ihrer mangelnden Elastizität bei Anpassung an die jeweilige Marktlage in der gegenwärtigen Konjunktur besonders schwierig sei.

**Gemeinderundschau**

**Der Triberger Voranschlag**

Zu der Nachricht „Obstruktion gegen den Triberger Voranschlag“, wonach der größte Teil der Bürgerausschüsse eine Erhöhung der Umlage um 25 Proz. ablehnt, wird uns geschrieben:

1. Die gemeindesteuerliche Belastung der Triberger Umlagezahler ist von 1924 bis 1927 bis 1930 gleich geblieben.
2. Die Umlagen des Jahres 1929/1930 betragen: auf Grundvermögen 85 Pf., auf Betriebsvermögen 84, auf Gewerbevermögen 510. Die Umlagen für das Jahr 1930/31 erhöhen sich bei Grundvermögen auf 100 Pf., bei Betriebsvermögen auf 40, bei Gewerbevermögen auf 600 Pf., d. h. nicht um 25 Proz., sondern um rund 17 1/2 Proz. Die reine Prozentzahl ohne Angabe des eigentlichen Betrages ist überdies irreführend.
3. Die Erhöhung der Umlage ist a) durch Abbedeckung der Kinderüberweisungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer im Betrage von rund 18 000 M., b) durch Ein-

stellung von höheren Steuerabgängen in Höhe von rund 5000 M., c) durch Erhöhung der Wohlfahrtslasten um 9500 M. und d) Rückgang der Grunderwerbs- und Zuwachsteuer um 3500 M. bedingt, d. h. Ursachen, die außerhalb des Willensbereiches der Stadtverwaltung liegen und durch Maßnahmen höheren Orts bzw. durch die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt, d. h. von der Stadtverwaltung nicht zu vertreten sind.

Im übrigen gehört Triberg noch zu den glücklichen Stadtgemeinden, die weder Kanal-, Straßenreinigungs- noch Kehrichtabfuhrgebühren haben, ferner neben Bauerleichterung wie Stundung der sehr ermäßigten Strafen- und Bauplatzlosten für Darlehenszinszuschüsse 34 400 M. jährlich aufwendet, obwohl Triberg bei einer Einwohnerzahl von 4300 Einwohnern allein an Gebäudebesondersteuer dem Wohnungsverband Willingen-Land noch 21 700 M., dem Fürsorgeverband Willingen-Land 4100 M. abliefern muß, geschweige von der Ablieferung von 36 300 M. Gebäudebesondersteuer an das Land Baden.

Die sogenannte Obstruktion richtet sich deshalb nicht gegen den Voranschlag der Stadtverwaltung, sondern gegen das Steuerrecht, das den Gemeinden zwar Lasten auferlegt und ihnen dazu die Einnahmen fließt.

Zu der am Donnerstag einberufenen Bürgerausschussung in Triberg waren 29 Stimmberechtigte erschienen. Zur Beschlußfähigkeit sind 35 Stimmen nötig. Nachdem das Haus beschlußunfähig war, ist der Voranschlag damit ohne Abstimmung angenommen.

**Die Gemeinden**

**im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit**

In Ruppenheim fand eine von Bürgermeistern und Gemeinderäten sehr gut besuchte Bezirksversammlung des Verbandes badischer Gemeinden statt. Einstimmig wurde eine vom Verbandsvorsitzenden, Bürgermeister Menges (Gernsbach), angeregte Resolution angenommen, die den maßgebenden Stellen vorgelegt werden soll und folgenden Inhalt hat: „Die Zahl der Arbeitslosen und der Wohlfahrtsverwehrlösen hat in unseren Bezirksamtsgemeinden einen derart erschreckenden Umfang angenommen, daß die Gemeindeverwaltungen nur mit den allgrößten Sorgen der weiteren Entwicklung entgegengehen. Es ist unmöglich, daß die kleinen, meist leistungsschwachen Gemeinden, die Lasten für die ausgesetzten Erwerbslosen aus eigenen Kräften weiterhin befreiten, so daß es unumgänglich nötig ist, durch Arbeitsbeschaffung (Notstandsarbeiten größeren Stils) oder auf andere Weise Mittel und Wege zu finden, um der allgemeinen Notlage und der unerträglichen Belastung der Gemeinden zu steuern.“

Annahme fand sodann ein Antrag, der fordert, daß die Arbeitslosen baldmöglichst wieder in den Gemeinden ausbezahlt werden (statt der zentralisierten Auszahlung beim Arbeitsamt Rastatt). Auch wolle im kommenden Winter bei Durchführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes möglichst weitgehend Rücksicht auf die gegenwärtig schwierigen Wirtschaftsverhältnisse genommen werden.

Der Bürgerausschuß Donaueschingen hielt seine letzte Sitzung vor den neuen Kommunalwahlen ab. Die Schlussvorlage bildete die Abhaltung der Donaueschinger Pferdelotterie

im Jahre 1931, die wieder genehmigt wurde. Der Gewinnplan sieht anstatt der früheren niederen Gewinnen in Form von Warenpreisen Geldgewinne vor, was hauptsächlich auf Auswärtige größeren Anreiz zum Kaufe geben soll.

Am die Offenhaltung der Läden an Sonntagen. Eine öffentliche Versammlung des Einzelhandels Baden-Baden setzte sich mit der vielumkämpften Frage der Offenhaltung der Bedarfsläden an Sonntagen auseinander. Ein Rundschreiben hatte schon vorausgehend die Feststellung ergeben, daß 140 Geschäftsinhaber für die Beibehaltung der jetzigen Regelung, 180 für eine Erweiterung der Bedarfssonntage auf 26 Tage waren, 40 Geschäfte sind grundsätzlich gegen die Sonntagsarbeit. Besonders interessiert an der Offenhaltung sind die Zigarren-, Zigaretten-, Schokoladen- und Obstgeschäfte, sowie die Photohandlungen u. a. m. Eine Entschärfung fordert den Vorstand des Einzelhandels auf, die Frage einer Lösung entgegenzuführen.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

D3. Mannheim, 16. Okt. Am 26. Juli hatte eine Anzahl Studenten der Frankfurter Universität Schlägermessen mit einer Mannheim'eer Verbindung auf der Friesenheimer Insel. Ein Polizeibeamter stellte die Personalfest und die Studenten hatten sich jetzt vor dem Großen Schöffengericht Mannheim zu verantworten. Ihr Gegner war, wie angenommen wird, eine Verbindung von der hiesigen Handelshochschule. Sie selbst verteidigten sie nicht. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Das Gericht erkannte auf drei Monate Festung, die im Gnadenwege erlassen werden sollen, wenn die Gerichtskosten bezahlt werden.

D3. Sandweiler (Amt Rastatt), 16. Okt. Landwirt und Altbürgermeister Anton Eichelberger ist 65 Jahre alt an den Folgen einer Operation gestorben. Er stand von 1919 bis 1928 als Bürgermeister an der Spitze der hiesigen Gemeindeverwaltung.

Hb. Appenweier, 16. Okt. Der von der Oberpostdirektion Karlsruhe seit längerer Zeit geplante Neubau eines großen, modernen Postgebäudes ist vor etwa acht Tagen begonnen worden. Das neue Postgebäude kommt gegenüber dem Bahnhofhotel zu stehen. Das bisherige Postgebäude gehört zum Bahnhof und ist feinerzeit von der Bahnverwaltung nur gemietet worden.

D3. Weil a. Rh., 16. Okt. Durch die starke Strömung infolge des hohen Wasserstandes wurde ein Schleppdampfer abgetrieben und rampte die Hünninger Schiffsbrücke auf der badischen Seite. Zwei Joch wurden abgetrieben, blieben aber an der Eisenbahnbrücke hängen. Ein Joch und der Dampfer liegen zur Hälfte unter Wasser. Der Schaden ist beträchtlich.

D3. Basel, 16. Okt. Der Gesamtarbeitsvertrag für das Holz-, Gipfer- und Baugewerbe in Basel ist, nachdem beide Parteien den letzten Vermittlungsvorschlag des Präsidienrat der Basler Handelskammer, C. Köchlin, unbenutzt angenommen haben, Mittwoch mittag von beiden Parteien unterzeichnet worden. Die Arbeit wird auf dem ganzen Platz am 17. Oktober wieder aufgenommen. Damit ist der 33wöchige

**Café Odeon**

Heute, Freitag abend 7/9 Uhr:

**Abend heiterer Musik**

der verstärkten Hauskapelle Franz Dolezel

Aus dem Programm:

Ungarische Lustspielouvertüre . . . . . Keler Bela  
 Melodien aus „Paganini“ . . . . . Lehar  
 Concert-Waltz . . . . . Rixner  
 Souvenir . . . . . Drdla

Solist: Herr Xaver Raab (Saxophon)

K.662

**Aufrechterhaltung der öffentl. Ruhe und Ordnung in Durlach.**

Auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung werden bis auf weiteres für das Gebiet der Stadt Durlach alle Versammlungen unter freiem Himmel (Umläge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen.

D. 970  
 Karlsruhe, den 17. Oktober 1930. D. 3. 60  
 Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

**Öffentliche Verbandspartasse Königsbad**

**Bilanz auf 31. Dezember 1929.**

Aktiva	RM	Passiva	RM
Hypotheken . . . . .	404 446,60	Spareinlagen . . . . .	664 446,89
Schuldloshandelslehen . . . . .	159 956,68	Giroeinlagen . . . . .	9 835,01
Wechsel . . . . .	15 180,46	Aufwertungseinlagen . . . . .	428 765,37
Darlehen in lfd. Rechnung		Aufwertungsfonds . . . . .	63 905,15
1. bei Banken . . . . .	108 226,99	Reinvermögen . . . . .	50 033,58
2. bei Privaten . . . . .	65 452,66		
Aufgewertete Darlehen . . . . .	414 065,32		
Einnahmerückstände . . . . .	33 428,72		
Barbestand . . . . .	16 247,57		
Gerätschaften . . . . .	1,-		
	1 216 986,-		1 216 986,-

**Berechnung des Reservefonds.**

Der gesetzliche Reservefonds hat zu betragen:

5% aus 674 281,90 RM Einlagen . . . . . = 33 714,09 RM  
 Er beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . . . = 50 033,58 RM  
 Somit mehr . . . . . = 16 319,49 RM

Königsbad, den 1. Juli 1930. D. 968  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:  
 Fränkle. Schäfer.

Sie brauchen ein neues Adressbuch

Soeben ist die Ausgabe 1930/31 erschienen!  
 Erhältlich Karl-Friedrich-Str. 18. Verlag G. Braun

**Öffentliche Verbandspartasse Kandern (Baden)**

**Bilanz auf 31. Dezember 1929.**

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand . . . . .	10 565,04	1. Spareinlagen (neue) . . . . .	1 042 024,26
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasse . . . . .	86 868,86	2. Aufgewert. Spareinlagen . . . . .	420 210,79
3. Darlehen a. Hypotheken . . . . .	605 205,57	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen . . . . .	78 345,65
4. Grundstückskaufgelder . . . . .	138 487,95	4. Sonstige Einlagen . . . . .	5 000,-
5. Darlehen in lfd. Rechnung an Private . . . . .	23 280,07	5. Rücklagen:	
6. Darlehen auf Schuldsch. . . . .	211 366,93	a) gesetzlich. Reservefonds . . . . .	34 382,77
7. Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände . . . . .	74 480,-	6. Reingewinn vom Jahre 1929 . . . . .	14 522,38
8. a) Aufwertungsfordernngen . . . . .	235 369,99		
b) Aufwertungsabrechnungsfondo . . . . .	124 844,36		
9. Einnahmerückstände . . . . .	57 967,08		
10. Grundstücke u. Gebäude . . . . .	22 000,-		
11. Gerätschaften . . . . .	4 000,-		
	1 594 435,85		1 594 435,85

**Berechnung der Rücklagen.**

Die gesetzliche Rücklage soll betragen:

3% aus 1 125 369,91 RM Einlagen . . . . . = 90 020,59 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . . . = 48 855,15 RM  
 Somit weniger . . . . . = 41 174,44 RM

Kandern, den 9. August 1930. D. 966  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:  
 Matter, Bürgermeister. Jennh.

**Schenkt Bücher zu jedem Fest!**

**Steinlieferung zum Rheinbau.**

Bad. Rheinbauamt Freiburg vergibt in öffentl. Verbindung die freie Lieferung von 5850 cbm Rheinbausteinen auf die Lagerplätze am Rhein in 15 Losen, wobei auch in Teilmengen angeboten werden kann. Die Angebote mit Ausschift „Steinlieferung“ versehen, sind verschlossen und postfrei bis Donnerstag, den 30. Oktober 1930, vorm. 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer d. Rheinbauamtes Freiburg, Thurnseestraße 16, einzureichen, wo um diese Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet. Die Vergebungsbedingungen, welche nicht abgegeben werden, liegen hier und bei den Wasserbauamtsstellen in Neuenburg, Dreifach und Weisweil zur Einsicht auf, auch können dieselben Angebotsvordrucke mit Leistungsverzeichnis in Empfang genommen werden. Zuschlagsfrist 15. November 1930. D. 969



Samstag, 18. Oktob. 1930  
 \* B 5 Th.-Gem. 1-100 und 301-400

**Gherz, Gattre, Ironie und tiefere Bedeutung**

Lustspiel von Gherz  
 Regie: Paumbach  
 Mitwirkende:  
 Ermath, Rademacher, Schreiner, Seiling, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Höder, Hospach, Just, O. Kienischer, Kloeble, Kühne, Wehner, Müller, Prüter, Schneider, Schulze, v. d. Krond, G. Kienischer.  
 Anfang 20 Ende 22 1/2  
 Preise A (0,70-5 RM)  
 So. 19. 10. Neu einstudiert: Götterdämmerung. Im Konzerts.: Wann kommt du wieder? No. 20. 10. Die Nibelungen. I. u. II. Abtg.